

Nach dem Mord an Frank Böttcher soll es Sonnabend in Magdeburg einen Protestmarsch geben / CDU warnt vor Teilnahme

Minister unterstützen Demonstration gegen Gewalt

Von Michael Bock

Magdeburg. Mitglieder der rot-grünen Landesregierung wollen sich an einer Demonstration am kommenden Sonnabend (14. Uhr, Zentraler Platz) in Magdeburg beteiligen, zu der eine Jugendinitiative nach dem Mord an Frank Böttcher aufgerufen hat. Der 17-jährige Punker war am 8. Februar im Magdeburger Stadtteil Neu-Olvenstedt getötet worden. Die linke Szene macht für den Mord Rechtsradikale verantwortlich.

Regierungssprecher Hans Jürgen Fink teilte nach der gestrigen Kabinettsitzung mit, daß mehrere Minister den Aufruf

„Magdeburger Bürger gegen Gewalt“ unterstützen hätten, der zur Teilnahme an der Protestaktion auffordert. Kritisiert werden darin „soziale Verelendung, fehlende Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Perspektivlosigkeit“. Stadt und Land werden aufgefordert, die Großsiedlungen als „Orte des Zusammenlebens“ zu erhalten und dort schwerpunktmäßig Arbeitsplätze, Freizeit-, Kultur- und Sozialeinrichtungen zu schaffen. Auch die SPD-Landtagsfraktion gab gestern bekannt, daß sie den Aufruf unterstützt. Der Magdeburger Bürgermeister Bernhard Czogalla (parteilos) rief gestern den

„Runden Tisch gegen Gewalt“ - dieses 40köpfige Gremium beschäftigt sich unter anderem mit Jugendkriminalität sowie der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen - für heute zu einer Sondersitzung ein, um die Vorbereitung der Demonstration zu unterstützen.

Während der Magdeburger CDU-Beigeordnete Dieter Steinecke zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehört, warnen Landtagsfraktion und Landesverband der CDU vor einer Teilnahme am Protestmarsch. „Wer in der gegenwärtigen Situation zu Demonstrationen in Magdeburg aufruft, verstärkt die Gefahr einer wei-

teren Eskalation der Gewalt“, hieß es in einer gestern veröffentlichten Stellungnahme, die unter anderem der Fraktionsvorsitzende Christoph Bergner und Landeschef Karl-Heinz Dahre unterzeichneten. Die bisherige Polizeitaktik der Verhinderung von Aufmärschen müsse fortgesetzt werden. „Jede Demonstration in dieser kritischen Situation könnte Auslöser einer Eskalation sein, derer die Polizei nicht Herr zu werden vermag.“ Die Polizei hat indes noch keine „heiße Spur“ in dem Mordfall Frank Böttcher soll morgen beigesetzt werden.

Bauminister Jürgen Heyer (SPD) stellte gestern die Initia-

tive „Soziale Stadt“ in Neu-Olvenstedt vor. Das Bauministerium führe seit Januar Gespräche mit der Stadt über neue Nutzungskonzepte für leerstehende Wohnungen, bessere Mietbetreuung und Bürgerbeteiligung bei Planungen. Das Land werde Fördermittel von 20 bis 30 Millionen Mark bereitstellen.

„Ein lebenswerter Stadtteil mit einem attraktiven Wohnumfeld, mit lebendigem Vereinsleben sowie funktionierender Geschäfts- und Verkehrsinfrastruktur ist die notwendige Voraussetzung, um sozialen Zerfall und Aggressivität zu verhindern“, sagte Heyer.